



# Protokoll

## Kantonaler Parteitag vom 12. Januar 2017 im Mühlemattschulhaus in Trimbach 19.40 – 21.50 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 75, gemäss Mandatskontrolle (siehe Anhang)  
Absolutes Mehr: 38  
Gäste: 9

### Entschuldigt:

Geschäftsleitung: Max Schmid, Irene Meier, Daniela Gerspacher, Peter Gomm  
Kantonsratsfraktion: Angela Kummer, Christine Bigolin, Fränzi Burkhalter, Hardy Jäggi, Fabian Müller, Stefan Oser  
Rechnungsprüfungskommission: -  
Fachausschuss: -  
Sektionen: Remo Bill, Daniel Hirt (Grenchen), SP Rechterswil, SP Zuchwil

### Geschäftsliste

1. **Eröffnung des Parteitages**
2. **Bestellung der Stimmzähler/innen**
3. **Genehmigung der Geschäftsliste**
4. **Genehmigung Parteitag-Protokoll vom 27. Oktober 16 in Zuchwil**
5. **Wahlen Kantons- und Regierungsrat vom 12. März 2017**  
Niklaus Wepfer, Parteisekretär und Leiter der Wahlkampagne  
Lukas Uetz, Campaigner für die Basiskampagne
6. **Informationen und Parolenfassung zu den nationalen Vorlagen vom 12. Februar 2017**
  1. Bundesbeschluss vom 30. September 2016 über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration (BBI 20167581)  
**Bea Heim, Nationalrätin**
  2. Bundesbeschluss vom 30. September 2016 über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (BBI 2016 7587)  
**Philipp Hadorn, Nationalrat**
  3. Bundesgesetz vom 17. Juni 2016 über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreformgesetz III) (BBI 2016 4937)  
**Pro: Daniel Probst, Direktor Handelskammer (FDP)**  
**Kontra: Susanne Schaffner, Kantonsrätin / Regierungsratskandidatin (SP)**
7. **Varia**

## 1. Eröffnung des ordentlichen Parteitages

Franziska Roth begrüsst die zahlreich erschienenen Delegierten, Roberto Zanetti, Bea Heim, Philipp Hadorn und die Presse. Regierungsrat Peter Gomm musste sich entschuldigen.

Für die Begrüssung der Sektion Trimbach wird Sektionspräsident Ruedi Gugger ans Rednerpult gebeten.

### **Ruedi Gugger, SP-Sektionspräsident, Trimbach**

Liebe Genossinnen und Genossen

Ich freue mich, euch zum heutigen kantonalen Parteitag als Präsident und im Namen unserer Sektion begrüssen zu dürfen.

Es freut mich natürlich auch deshalb ganz besonders, weil die SP in den letzten 150 Jahren in Trimbach eine besonders wichtige Rolle spielte und weiter spielt.

Zwar wurde die Geschichte von Trimbach lange durch aristokratische Einflüsse (z.B. den Grafen von Froburg oder Nidau) geprägt. Doch das ist, wie wir draussen gut feststellen können „Schnee von gestern“...

Mit dem Bau der Bahnlinie zwischen Basel-Olten und den entsprechenden Tunnelverbindungen wandelte sich Trimbach rasch von einem Landwirtschaft zu einem Industrieort. Die vielen zugezogenen Arbeiter – vor allem aus dem Ausland – trugen dazu bei, dass Trimbach als eigentliches Arbeiterdorf wahrgenommen wurde. Mit Tripolis (Tripeli) wurde sogar Dorfteil nach der Herkunft der zugezogenen Trimbacher benannt. (Sie kamen zwar nicht aus Lybien, sondern aus Italien, das einen Teil von Lybien anektiert hatte)

Es erstaunt deshalb nicht so sehr, dass die Anliegen der Arbeitnehmerschaft in unserer Gemeinde einen guten Nährboden fanden. Es erstaunt deshalb auch nicht weiter, dass seit gut 70 Jahren die SP in Trimbach die stärkste Partei ist. Der in den letzten Wahlen erreichte Wähleranteil von stolzen 48% ist aber nicht nur Würde, sondern auch Bürde.

Vor allem auch weil unser aktueller Gemeindepräsident und Mitglied des Kantonsrates Kari Tanner, altershalber nicht mehr zu den kommenden Wahlen antritt.

Wie wohl bei allen „freiwilligen“ Aufgaben wird es immer schwieriger Personen zu finden, die sich dieser Aufgabe annehmen. Aber auch in dieser Beziehung darf ich als Präsident einer SP Sektion stolz sein: es ist unserer Partei gelungen auf allen Ebenen sehr gute KandidatInnen der Wählerschaft vorzuschlagen und wenn wir uns tatkräftig dafür einsetzen, so werden wir auch auf allen Ebenen Erfolg haben. In Trimbach werden wir mit Martin Bühler das Gemeindepräsidium verteidigen, im Kantonsrat wollen wir durch unsere drei Kandidaturen unseren Einfluss stärken und mit Susanne Schaffner werden wir eine hervorragende Regierungsrätin erhalten.

Mit dem heutigen Parteitag machen wir einen weiteren Schritt in diese Richtung.



Es gibt viel zu tun – packen wir's an (und legen los!)

### **Eröffnungsrede der Parteipräsidentin Franziska Roth**

«Ich bin froh, wenn die Schweizer Angst bekommen» Mit einer Burka wirbt der ewige A. wie Angsthase Glarner für ein Nein zur erleichterten Einbürgerung von Franca aus Norditalien die mit mir in den Kindergarten ging. Auch wenn man es fast nicht glaubt, das ist 45 Jahre her. Von meinem ehemaligen Schüler Baran, dessen Grossmutter in der Bäckerei schon vor 30 Jahren mir feine Laugenbrötli verkaufte.

*«Ich bin am Montag gehörig erschrocken, als ich mein Gesicht in der Gewerbezeitung gesehen habe. Der Verband suggeriert darin ich würde die USR III befürworten. Eine Vorlage die zu Milliardenausfällen bei Bund, Kantonen und Gemeinden führt. So dreist sind die Methoden des Gewerbeverbandes geworden. Es ist unserer Demokratie unwürdig die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bewusst in die Irre zu führen und Falschinformationen zu verbreiten. Sol unlautere Methoden sind Trump Niveau und der Schweiz unwürdig.» Hans Stöckli*



Liebe Genossinnen und Genossen

Das vorhin zitierte Plakat drapiert die aus vorangehenden Kampagnen bestens bekannte grimmig dreinguckenden Burkaträgerin. Werden etwa Burkaträgerinnen eingebürgert, wenn die Schweiz den Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration annimmt?

99 Prozent der Menschen, die nach einem Ja zur erleichterten Einbürgerung in den Genuss des unbürokratischeren Verfahrens kämen, haben also gemäss Staatssekretariat für Migration (SEM) ihre Wurzeln in Europa. Ganze 58 Prozent stammen aus dem südlichen Nachbarland Italien. Die zweitgrösste Gruppe stellen Personen, deren Grosseltern aus der Türkei eingewandert sind, dicht gefolgt von Spanien und Portugal.

Noch grösser aber als der hilflose Manipulationsversuch von Glarner ist die Dreistigkeit von Bigler, der Pascale Bruderer, Hans Stöckli und Claude Janiak für mit Namen und Foto ungefragt in seinem Schundblatt zur USR III als Befürworter darstellt. Ja, es fehlen wohl die Argumente. Wir haben halt schon Bei der USR II gemahnt, es sei die Katze im Sack! Sie entpuppte sich zum Tiger! Die USR III ist jetzt aber mit Massnahmen wie die Patentbox oder die zinsbereinigte Gewinnsteuer ein ganzer Raubtierzoo!

Liebe Genossinnen und Genossen

Ob in der Politik oder im Privatleben – Menschen, die versuchen, andere zu manipulieren, gibt es massenhaft. Vor der Gefahr, für die Zwecke anderer missbraucht zu werden, ist niemand gefeit. Das wissen wir. Doch wenn Nationalräte und Gewerbebandspräsidenten zu Lügen und miesen Tricks greifen, dann können wir sicher sein, dass wir Recht haben.

Darum lasst uns im Wahlkampf nicht nur Antworten geben, sondern vor allem Fragen stellen. Im Sinne von Wer fragt führt, wer gefragt wird wird geführt.... Und stellt W Fragen Fragen wie warum, wie und womit. W Fragen zwingen die Gegner Sätze zu formulieren:

Warum stört es Euch nicht, dass Unternehmen auf Teilen des Eigenkapitals fiktive Zinskosten in Abzug bringen können, die ihnen gar nicht anfallen, währenddem natürliche Personen mit Wohneigentum in Form des Eigenmietwertes ein fiktives Einkommen versteuern, das sie gar nicht erzielen?

Warum lasst ihr zu, dass die Unternehmen, die sich mit exklusiver Schweizerarbeit brüsten, diejenigen erpressen, die ihnen die gute Arbeit machen, nämlich ihre Belegschaft, die Wählerinnen und Wähler, indem sie sagen: Wenn ihr nicht wollt, hauen wir ab?

Warum stellt ihr Menschen die jünger als 25 Jahre sind, in der Schweiz geboren wurden mindestens fünf Jahre hier zur Schule gingen als Burkaträgerinnen dar?

Liebe Genossinnen und Genossen

Sozialdemokrat oder Sozialdemokratin sein oder nicht sein ist eine Frage des Herzens! Lasst uns das machen was wir seit über 125 Jahren gut können: Den Menschen Hoffnung geben und zwar allen und nicht nur ein paar wenigen. Wir Sozialdemokraten sind weder Funktionäre der Angst noch des Kapitalismus. Wir sind Kämpfer für Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit! Wir bringen mit anständigem Ton jene zum Schweigen, die sich damit begnügen, ein Unsicherheitsgefühl zu schüren. Wir nehmen mit harten Fakten diejenigen an die kurze Leine, die soziale Gerechtigkeit mit Füßen treten. So lange wir leben! Ich freue mich auf einen engagierten Abend. (Applaus)

## **2. Bestellung StimmzählerInnen**

Hans Schär, Subingen  
Fatma Tekol, Biberist  
Ndra Bolliger, Dulliken  
Christian Winiger, Olten

**Beschluss: Die Stimmzähler werden einstimmig gewählt**

## **3. Genehmigung der Geschäftsliste**

**Beschluss: Die Geschäftsliste wird einstimmig genehmigt.  
Genehmigung Protokoll**

25. August 2016 in Olten

**Verschiebung**

## **5. Wahlen Kantons- und Regierungsratswahlen**

## **Niklaus Wepfer, Parteisekretär und Leiter der Wahlkampagne**

Liebe Susanne  
Liebe KR-Kandidierende  
Liebe Genossinnen und Genossen

Wir stehen vor zwei wichtigen Entscheidungen:

1. Können und wollen wir eine Unternehmenssteuerreform stemmen, bei der Personen mit mittleren und unteren Einkommen die Verlierer sein werden? Bei der die wirklichen Auswirkungen für die Gemeinden völlig unklar sind? bei der wir aus der Vergangenheit wissen, dass die Zahlen der Steuerausfälle mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht stimmen und ebenfalls mit hoher Wahrscheinlichkeit bei einer Annahme die Steuern für die natürlichen Personen erhöht werden müssen?  
Die verschiedenen Positionen werden wir heute noch hören und dann auch die Parole fassen.
2. Am 12. März darf die Solothurn Bevölkerung den neuen Regierungsrat und das neue Parlament für die Legislatur 2017-2021 wählen.  
Die Sektionen, die Amteien, die Geschäftsleitung, der Wahlausschuss und das Sekretariat beschäftigen sich damit seit Monaten. Zu Recht. Es gibt nämlich für alle immer viel Arbeit. Die einzigen die in diesem Umzug bezahlt sind, ist der Campaigner und ich. Alle anderen arbeiten gratis, ehrenamtlich, in der Freizeit. Dafür gebührt ihnen einen grossen Dank.

Die bisher geleistete Arbeit ist grossartig, die 1. Halbzeit verlief nach Plan und ohne nennenswerte Schwächen:



Für die SP kandidiert Susanne Schaffner + 7 weitere für 5 Sitze

Für die SP kandidieren auf 6 Listen 116 Personen + weitere 389 für 100 Sitze

### **Näher betrachtet zum Regierungsrat**

- Susanne Schaffner (SP) für Peter Gomm (SP)

- Peter Gomm tritt nach 3 Legislaturen nicht mehr zur Erneuerungswahl an
- Peter Gomm hat Stand heute während 11 Jahren und 6 Monaten ausgezeichnete Regierungsarbeit geleistet  
Würdigung und Verabschiedung folgt im August am Parteitag in Oensingen
- Die SP braucht es weiterhin in der Regierung
- Susanne Schaffner hat einen hervorragenden Leistungsausweis
  - Kantonsrätin seit 2005
  - Kantonsratspräsidentin 2013
  - Präsidentin Finanzkommission 2009-2013
  - Präsidentin Fachkommission Behinderung
  - zahlreiche weitere Engagements
- Fachwissen und Sachkenntnisse in allen Bereichen

Ich danke euch schon jetzt, wenn ihr die Wahl von Susanne grossartig unterstützt, dies ist in vielerlei Hinsicht möglich.

### **Kantonsrat**

Die SP hat 6 Listen mit 116 Kandidierenden – dies entspricht 5'557 Jahren Lebenserfahrung

In allen Amteien gibt es 1 Liste + in Olten-Gösigen 2 (junge SP Region Olten)

Insgesamt 116 Kandidierende (38 Frauen + 78 Männer)

	SP/Juso	Kanton
Altersdurchschnitt:	38 j.	42 j.
Frauen/Männer	33 % / 67 %	28 % / 72 %
Anzahl Kandidierende	116 / 23% von	505 / 100 %

### **Fazit:**

wenn wir im gleichen Verhältnis Mandate erzielen, dann werden wir deswegen nicht übermütig.

Ein Zuwachs ist jedoch möglich und mit grosser Mobilisierung realistisch. Bei den Wahlen 2013 haben wir Stimmen verloren, diese und mehr wollen wir wieder zurückholen, denn unser Leistungsausweis lässt sich sehen, wir müssen nur davon sprechen:

- Wir haben mit Unterstützung der Stimmbevölkerung einen Kahlschlag bei der PV verhindert
- und mit Unterstützung von weitsichtigen Parlamentariern die Ergänzungsleitungen für Familien mit tiefen Einkommen def. eingeführt.
- Tagesstätten für ältere und betagte Menschen ermöglicht
- Privatisierung der Solothurner Spitäler verhindert
- Sportunterricht an der Berufsschule Grenchen und Solothurn wiedereingeführt.
- Überarbeitung Lehrplan21 erwirkt.
- Im Zusammenhang mit den Sparmassnahmen einen Kahlschlag bei der Bildung verhindert.
- Referendum mit vielen Unterschriften aus unserem Kanton gegen die USR III erwirkt
- Massive Erhöhung der Kopfsteuer um 150% verhindert
- Fortschrittlichen Finanzausgleich erwirkt
- Modernes Arbeits- und Wirtschaftsgesetz ohne den gross angekündigten Ausbau der Ladenöffnungszeiten – auch dank der Stimmbevölkerung
- Online-Polizeiposten geschaffen
- Volksabstimmungen zur Förderung von ern. Energien gewonnen



- Erleichterung bei der Bewilligung für energiesparende Massnahmen erwirkt
- Schnellzughalt in Grenchen gesichert.

uvm.

Ihr seht also, wir haben einiges erreicht, aber wir müssen auch verhindern. Das muss man leider hin und wieder, denn es gibt ja verschiedene Fraktionen im Rat mit zum Teil ganz unterschiedlichen Ideen und Vorstellungen.

### **Was wollen wir für die Zukunft?**

- Bezahlbare Krankenkassenprämien – sprich effizientere Entlastungen durch PV
- Ergänzungsleitungen für Familien mit tiefen Einkommen sichern und ausbauen.
- Bedarfsgerechte Tagesstrukturen fördern.
- Bezahlbare Aufenthalte in Tagesheimen/Tagesstätten für alle.
- Volksschule stärken und eine gute Grundbildung für alle.
- Ablehnung der Volksinitiative «Bildungsbremse»
- Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmende sicherstellen.
- Duales Berufsbildungssystem (betriebliche Berufslehre) fördern.
- Gleichen Lohn für Mann und Frau in Unternehmen.
- Mehr Schutz vor Lohndumping und Schwarzarbeit.
- Gerechte Steuern für alle:
  - Tiefere Steuern für kleine und mittlere Einkommen.
  - Keine Steuergeschenke für die Reichen.
  - Keine Steuersenkungen auf Kosten des service-public
  - Keine Steuerbefreiung für Unternehmen als Lockinstrument.
  - Keine Extrawürste für reiche Ausländer.
- Keine Gebühren auf Vorrat.
- Rasche Realisierung der geplanten Windparks gemäss kantonalem Richtplan.
- Den Ausstieg aus der Atomkraft vollziehen – Energiestrategie 2050.
- Den öffentlichen Verkehr ausbauen und den drohenden Abbau verhindern.
- Den Weissensteintunnel sichern.
- Ein einheitliches Tarifsysteem für alle Regionen.
- Mehr Schutz für landwirtschaftliches Kulturland.
- Den Boden schützen und die Zersiedelung stoppen – Umsetzung Raumplanungsgesetz.

uvm.

Damit wir weitere Verbesserungen im Sinne von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erwirken können, braucht es die SP in der Regierung und eine gestärkte Fraktion im Kantonsrat.

Wie können wir das erreichen

- mit euch!
- mit unserem Slogan
- mit unseren Kandidierenden
  - auf der Strasse
  - beim Kartenschreiben
  - mit Plakaten und Inseraten
  - beim Telefonieren usw.
- mit unseren Errungenschaften
- mit unseren Zielen
- mit Leserbriefen
- mit unseren Mitgliedern
  - auf der Strasse

- beim Kartenschreiben
- beim Telefonieren usw.
- Vielen Dank!

Jetzt haben wir die 2. Halbzeit bevor und da geht es um die Entscheidung. Ich danke euch allen für die Unterstützung.

Gerne übergebe ich jetzt Lukas Uetz für weitere Erläuterungen zur Basiskampagne.  
(Applaus)

### **Lukas Uetz, Campaigner und Verantwortlicher der Basiskampagne**

Guten Abend. Wahlen gewinnt man indem man mit en Menschen spricht. Genau deshalb wurde das Telefon erfunden. Ich muss es euch gar nicht mehr erklären, wir wissen es alle, dass wir telefonieren und unsere Sympis mobilisieren müssen. Es gibt politisch linke Menschen, die nicht an den Wahlen teilnehmen. Bei diesen genügt ein Telefongespräch mit der Nachfrage, ob er/sie schon gewählt habe, falls nicht, bitte erledigen und danke. Ich muss auch nicht mehr erklären was wir machen und zu welchem Zeitpunkt. Ich geb' jetzt mal einfach eine Liste in Umlauf, auf der man sich eintragen kann. Wir haben schon viele Leute finden können, aber brauchen noch viel mehr. Dann möchte ich auch danken all jenen, die schon geholfen haben und ich versichere euch, dieses Engagement ist nicht umsonst. Wir werden nur schon gewinnen, wenn wir zusammenhalten und uns alle fürs gleiche Ziel einsetzen. Seit den Wahlen 2015 hat die SP die Basiskampagne immer wieder angewendet: Fazit, es hat überall funktioniert und es ist möglich, dass wir nach den Wahlen im Kantonsrat zweitstärkste Partei werden. Vielen Dank. (Applaus)



Franziska Roth: Herzlichen Dank Lukas für deine Arbeit als Campaigner und Niklaus Wepfer für die Wahlkampfleitung und als Parteisekretär (Applaus)

## **6. Information und Parolenfassung zu den nationalen Vorlagen vom 12. Februar 2017**

1. Bundesbeschluss vom 30. September 2016 über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration (BBl 20167581)

### **Bea Heim, Nationalrätin**

Liebe Genossinnen und Genossen

Wir werden folgende Frage zu beantworten haben: «Wollt ihr den Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der 3. Ausländergeneration annehmen». Ich bin überzeugt, dass jeder Genosse und jede Genossin diese Frage mit «JA,



ich will» beantwortet. Es geht um Menschen, welche hier geboren wurden, hier aufgewachsen und mit uns in die Schule gegangen sind und deren Eltern und Grosseltern schon in der Schweiz gelebt haben. Das sind integrierte Menschen und ihr Zuhause ist die Schweiz. Was ihnen fehlt ist der rote Pass. Es sind unsere Kolleginnen und Kollegen, unsere Freundinnen und Freunde, im Herzen Schweizerinnen und Schweizer und deshalb gehören sie zu uns. Deshalb sagt der Bundesrat, wie auch der National- und Ständerat ja zu dieser Vorlage.

Die Schweiz hat eines der strengsten Einbürgerungsregimes von Europa, es ist teuer, aufwändig und die Verfahren dauern sehr lang. Auch deshalb ist das Thema der erleichterten Einbürgerung so etwas wie ein Dauerbrenner. Wir haben bereits 3x darüber abgestimmt, zuletzt im Jahr 2004, mit einem relativ knappen Ausgang. Damals ging es jedoch um die automatische Einbürgerung der 3. Generation. Die heutige Vorlage geht diesbezüglich weniger weit, sie will lediglich die Hürden etwas senken. Das Ziel ist klar: es soll einfacher, schneller, günstiger und gerechter werden. Der Bund bekommt die Kompetenz, Personen der 3. Generation erleichtert einzubürgern. Die Voraussetzungen eingebürgert zu werden, bleiben gleich. Dies bedeutet, wer den roten Pass will, muss dies ausdrücklich beantragen, muss die Sprache können, die Rechtsordnung anerkennen, die Regeln der öffentlichen Sicherheit einhalten, die Bundesverfassung und ihre Werte respektieren, sich am wirtschaftlichen Leben beteiligen (Rechte und Pflichten). Es wird niemand eingebürgert, welche im Strafregister einen Eintrag hat. Auch wenn die SVP alles andere behauptet: es wird keine unkontrollierten Einbürgerungen geben.



Wer kann denn einen Einbürgerungsantrag stellen? Mindestens 1 Grosselternteil muss in der Schweiz geboren worden sein und ein Aufenthaltsrecht haben, 1 Elternteil muss mindestens 10 Jahre in der Schweiz gelebt haben und mindestens 5 Jahre hier zur Schule gegangen sein. Auch die Person selbst, die sich einbürgern will muss in der Schweiz geboren worden sein und mindestens 5 Jahre in der Schweiz die Schule besucht haben. Zudem muss das Gesuch bis zum 25. Altersjahr eingereicht werden. Damit will man verhindern, dass die Militärdienstpflicht umgangen werden kann. In der 5-jährigen Übergangszeit können auch bis 35-Jährige ein Einbürgerungsgesuch stellen. Es wird damit gerechnet, dass sich pro Jahr ca. 2'500 Kinder und Jugendliche einbürgern werden.

Diese Vorlage will eigentlich nur das Verfahren vereinfachen und der Bund die Verfahren leitet. Damit sichert man allen die gleichen Rechte zu und auch die Regeln. Es ist auch nicht so, dass die Kantone nichts mehr zu sagen haben. Der Bund holt die Informationen bei den Kantonen und Gemeinden und sichert sich damit alle notwendigen Informationen. Die grosse Mehrheit der Kantone befürwortet das Gesetz und erhoffen sich dadurch auch eine Entlastung.

Die Beratung des Gesetzes hat 8 Jahre gedauert und initiiert wurde das Begehren von SP Nationalrätin Ada Marra (Tochter eingewanderter Italiener), die sehr gut weiss und erlebt hat, was es bedeutet. Und trotzdem war der Aufwand für diesen Bundesbeschluss im Parlament sehr gross für diesen eigentlich sehr kleinen Schritt nach vorne. Dabei geht es um Menschen die bei uns bestens integriert sind.

Bis vor zwei Wochen hatte ich den Eindruck, die Vorlage schafft eine JA-Mehrheit problemlos – auch im Schatten der grossen Kampagne für oder gegen die USR III. Nun ist die Schweiz landauf und landab mit Burkaplakaten zugepflastert worden. Die Aussagen sind zwar falsch und sollen Angst schüren, aber dies spielt den Gegnern keine Rolle. Auf diese Fremdenfeindlichkeit möchte ich gar nicht eingehen. Ich zähle darauf, dass sich die Bürgerinnen und Bürger kritisch damit auseinandersetzen und wir SP mit Herzblut ein klares JA beschliessen. (Applaus)

Keine Fragen

**Beschluss: Die SP Delegierten beschliessen bei 2 Gegenstimmen mit grosser Mehrheit die JA-Parole zum Bundesbeschluss vom 30. September 2016 über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration**

2. Bundesbeschluss vom 30. September 2016 über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (BBI 2016 7587)

**Philipp Hadorn, Nationalrat** (Präsentation mit 13 Folien)

Liebe Genossinnen und Genossen, als SEV-Gewerkschafter freut es mich über eine Verkehrsvorlage berichten dürfen. Die SP steht zu einer guten Infrastruktur und zu einer breiten Mobilität, auch zu einem gut ausgebauten öffentlichen Verkehr, sowie zu einem verantwortungsbewussten kombinierten Verkehr von Strasse, Schiene, Wasser und Luft. Die SP verlangt hingegen auch ein gebührendes Beachten der Umweltschutzanliegen, angepasste Finanzierung und lenkungsorientierte Nutzerbeteiligung. Auch stehen wir zu unseren Versprechungen, dass nach der Annahme von FABI auch die Strasse einen Fonds haben muss, damit Infrastrukturvorhaben gesichert sind. Die Vorlage nennt «Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr» und darin einbezogen sind auch Kunstbauten, sowie Massnahmen für den Langsamverkehr. Als Mitglied der Finanz- und Verkehrskommission durfte ich das Geschäft aus verschiedenen Sichtweisen begleiten und beurteile dieses heute als ungenügend. Für die Strassen soll eine Milliarde mehr Franken zur Verfügung stehen, wovon 560 Millionen aus der Bundeskasse kommen sollen. Dies bedeutet nichts anderes, als dass die Steuerzahler einen sehr grossen Beitrag leisten müssen. Bei der FABI-Vorlage (öV) waren dies gerademal 100 Millionen Franken. Der hohe Anteil an Steuergeldern zugunsten des Fonds erhöht auch den Druck auf andere Ausgaben im Bereich Bildung, Entwicklung, Landwirtschaft usw. Dies werden also die Bürgerinnen und Bürger ganz direkt spüren.

Unser Strassennetz hat eine gute Qualität und das Autofahren wurde in den letzten Jahren immer günstiger. Dennoch sollen Benzin- und Mineralölsteuer für die Fondsfiananzierung um lediglich 4 Rappen angehoben werden. Der Bundesrat wollte 6 Rappen, obwohl er errechnet hat, dass eigentlich 13 Rappen notwendig gewesen wären. Die Steuern fürs Autofahren sind seit 1993 nie mehr gestiegen und sind kaufkraftbereinigt nur noch halb so viel wert wie damals. Die externen Kosten der Autofahrer belaufen sich auf 6,5 Mia. Franken und werden durch diese nicht gedeckt.

Fakt ist, dass heute kaum baureife Projekte vorliegen wo das Geld ausgegeben werden könnte. Somit besteht die Gefahr, dass die Mittel einfach «verpuffert» werden. Würde das ganze zur Verfügung stehende Geld verbaut, würde die Schweiz alle 10 Jahre um eine Fläche wie die Stadt Zürich zubetoniert. Mehr Strassen lösen also unsere Verkehrsprobleme der Zukunft mit Sicherheit nicht. Agglomerationsprogramme sind für uns wichtig, denn darin enthalten sind auch Projekte für Tram, Bus, Velo, Fussgänger usw. Dafür benötigt man hingegen keine Verfassungsänderung. Bei einem Nein kann man problemlos diese wichtigen Projekte umsetzen, respektive weiterführen. 90% des Fonds sind allerdings für Strassen reserviert. Dies wollen und können wir uns nicht leisten und so viel Geld in Beton zu investieren erachtet die SP als falsch. Hinzu kommt, dass wir dereinst für diese geplanten Fehlinvestitionen geradestehen müssen, denn die Schweiz ist schlicht und einfach zu klein. Die Schweiz muss jetzt in die moderne digitale Mobilität investieren und dafür sorgen, dass sich Fahrzeuge vernetzen können und die Infrastruktur dadurch besser ausgelastet werden kann. Aktuell sitzen in einem Auto 1,2 Personen. Dies muss sich verändern.



Zusammenfassung:

- Ein Strassenfonds ist richtig, aber dieser NAF ist ein Raubzug auf die Bundeskasse.
- 650 Mio. aus der Bundeskasse, fast drei Mal so viel wie der Bundesrat wollte.
- Strassenbaubudgets meist nicht ausgeschöpft, hohe Reserven.
- Sparprogramme drohen in andern Bereichen.
- Neu 5 Milliarden Franken in der Strassenkasse, jährlich. Verbauen wir dieses Geld, verschandeln wir die Schweiz.
- Wir setzen auf moderne, vernetzte Mobilität.
- Agglo-Programme können wir problemlos weiterführen.

Wir wollen eine lebenswerte Zukunft. Die SP Schweiz hat diese Vorlage mit wenigen JA-Stimmen abgelehnt und empfiehlt die Nein-Parole. Besten Dank (Applaus)

#### **Fragen:**

Erna Wenger, Trimbach: wie viele Gelder liegen in diesem Reservfonds?

Philipp Hadorn: die Zahl kenne ich nicht, werde sie dir aber nachliefern.

**Beschluss: Die SP Delegierten beschliessen bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung mit grosser Mehrheit die JA-Parole zum Bundesbeschluss vom 30. September 2016 über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr**

3. Bundesgesetz vom 17. Juni 2016 über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreformgesetz III) (BBl 2016 4937)

**Pro:** Daniel Probst, Direktor Handelskammer (FDP)

**Kontra:** Susanne Schaffner, Kantonsrätin / Regierungsratskandidatin (SP)

**Moderation:** Elisabeth Seifert, Solothurner Zeitung

**Elisabet Seifert, Moderatorin (AZ-Medien)**

Ist die USR III ein Milliardenbschiss am Mittelstand? oder eine nötige Reform für die Wirtschaft. Über den bevorstehenden Schlagabtausch zwischen Susanne Schaffner und Daniel Probst bin ich sehr gespannt. Frau Schaffner, die SP hat die Ungerechtigkeiten, Steuerprivilegien bestimmter internationaler Unternehmen bei der Besteuerung immer kritisiert, nun bekämpft sie diese Vorlage mit dem Referendum, welche genau diese Privilegien abschaffen will. Das ist erklärungsbedürftig.

**Susanne Schaffner:** dazu gibt es drei Sachen zu erklären: 1. es ist richtig, es braucht eine USR III und es braucht eine Gleichbehandlung aller Unternehmen. 2. das Parlament hat aus der Bundesratsvorlage ein Monster geschaffen und 3. ist die Steuergerechtigkeit durch diese Vorlage nicht mehr gewährleistet.

**Elisabeth Seifert:** Daniel Probst, Susanne Schaffner sagt, das Parlament habe aus der USR III ein Monster geschaffen, was meinen sie dazu?

**Daniel Probst:** im 1. Punkt sind wir uns einig und es ist richtig, dass alle Unternehmen gleich besteuert werden. Das Problem liegt da, dass wir den Ausgleich schaffen müssen zwischen Firmen die heute unter 10% Steuern zahlen und jenen die 20% dem Fiskus abliefern. Also brauchen wir ein System, welches funktioniert. Die Kantone erhalten mit der USR III die Möglichkeit einerseits Steuersenkungen, aber auch Erhöhungen vorzunehmen, damit alle gleichbehandelt werden.

**Elisabeth Seifert:** auch wenn es eine kantonale Geschichte ist, möchte ich vorerst noch bei der nationalen Frage bleiben. Das Fuder ist überladen, sagt die SP. Können sie dies konkretisieren?



**Susanne Schaffner:** Daniel Probst hat es richtig gesagt, geplant war eine massvolle Umsetzung und die Kantone hätten auch die Möglichkeit dies zu tun. Nun gibt es aber 3 Probleme: 1. hat das Parlament Instrumente geschaffen, welche keinen Sinn machen, unvernünftig sind und mit Steuergerechtigkeit nichts mehr zu tun haben. 2. hat das Parlament nichts dagegen unternommen die Kantone zu bremsen, damit diese



die Gewinnsteuern endlos senken können und 3. die Gegenfinanzierung fehlt, entgegen der Forderung der SP.

**Elisabeth Seifert:** unvernünftige Instrumente haben sie erwähnt, welche meinen sie damit?

**Susanne Schaffner:** es geht insbesondere um zwei Sachen: die zinsbereinigte Gewinnsteuer, das heisst, man kann Zinsen abziehen darf die es real gar nicht gibt. Wenn man ein Haus hat und darauf eine Hypothek, Zins zahlt und diese bei den Steuern abziehen kann, kennt man aus der Praxis. Hier sollen die Unternehmen jedoch fiktive Zinsen auf dem Eigenkapital abziehen dürfen. Was hingegen noch abstruser ist und mit Steuergerechtigkeit nichts mehr zu tun ist, dass man für Forschung Abzüge machen kann, die man gar nicht ausgegeben hat. Man kann dies vergleichen mit dem Abzug von Wegkosten zum Arbeitsplatz, jedoch nicht den effektiven, sondern anderthalbmal so viel wie zurückgelegt. Dies ist eine reine Subvention.

**Elisabeth Seifert:** Daniel Probst, zinsbereinigte Gewinnsteuer und Inputförderung stehen zur Diskussion. Was sagen sie dazu, sind dies so unvernünftige Instrumente?

**Daniel Probst:** nein, das sind sie nicht. Wenn man diese nicht hätte, müsste man für die Unternehmen, um die es hier geht, den Gewinnsteuersatz noch mehr senken. Weil das nicht möglich ist, braucht es diese zusätzlichen und stärkenden Instrumente wie Patentbox und Inputförderung. Denn sie investieren ja in Forschung, Entwicklung und damit verbunden in Arbeitsplätze. Jetzt zur zinsbereinigten Gewinnsteuer, mit der ich auch nicht überglücklich bin und wir im Kanton Solothurn nicht unbedingt brauchen. Nun gab es aber Kantone, welche dieses Instrument für ihre Unternehmensstruktur forderten und damit durchgekommen sind. Ich sehe darin das Positive, dass mit der USR III der Bund für die Kantone einen «Werkzeugkasten» erarbeitet hat, wo jeder nach seinen Bedürfnissen davon Gebrauch machen kann.



**Elisabeth Seifert:** Susanne Schaffner hat auch noch bemängelt, dass die Gegenfinanzierung fehlt.

**Daniel Probst:** eine Gegenfinanzierung würde bedeuten, dass man das Geld woanders wieder einholt. Wenn wir die Firmen bei uns halten wollen und die KMU stützen gibt es auf den ersten Blick eine Lücke, das ist so. Für einen Teil dieser Lücke springt der Bund ein und vergangene Steuerreformen haben gezeigt, dass nach einer gewissen

Zeit die Steuereinnahmen steigen, dies infolge Attraktivitätssteigerung. Wir gehen davon aus, dass dies auch bei der USR III der Fall sein wird. Für den Kanton Solothurn wird es eine Herausforderung sein, diesbezüglich das Beste daraus zu machen.

**Elisabeth Seifert:** Daniel Probst sagt, eine Gegenfinanzierung seitens des Bundes sei nicht möglich. Da haben sie vermutlich eine andere Auffassung Frau Schaffner?

**Susanne Schaffner:** es ist interessant, dass Daniel Probst nicht erwähnt was genau gemeint ist. Es ist doch klar, dass die Dividendenbesteuerung angehoben werden muss, wenn die Gewinnsteuern sinken. Die Dividendenbesteuerung hat man gesenkt, weil man gesagt hat, die Gewinne schon besteuert zu haben (Doppelbesteuerung). Wenn jetzt aber deren Auszahlung (Dividenden) nicht mehr belastet wird, geht die Rechnung nicht mehr auf. Was mir auffällt ist, dass sich auch Daniel Probst besorgt zeigt und nicht mit allen Instrumenten einverstanden ist. Warum habt ihr denn nie Hand geboten für eine vernünftige Umsetzung?

**Daniel Probst:** ich meinte dies in Bezug auf die Gewinnsteuersenkung im Kanton Solothurn gesagt zu haben. Aber die Dividendenbesteuerung ist für uns KMU massgebend. Im Kanton Solothurn ist diese bei 60% sehr hoch. Und unsere Regierung will sie noch mehr erhöhen. Aber dies ist nicht Teil der USR III, würde jedoch Familienunternehmen hart treffen.

**Elisabeth Seifert:** eine gewisse Gegenfinanzierung hat der Bund mit der Entlastungsgrenze schon vorgesehen, indem im Minimum 20% der Gewinne besteuert werden müssen.

**Susanne Schaffner:** das ist keine Gegenfinanzierung, sondern eine Katastrophe und bedeutet bei einem Gewinn von Fr. 100'000.00, nur auf dem Gewinn von Fr. 20'000.00 Steuern bezahlen zu müssen, dies erst noch mit einem niedrigeren Steuersatz. Also, dies ist alles andere als eine Gegenfinanzierung, sondern führt zu sehr grossen Steuerausfällen.

**Daniel Probst:** ich hab' mich beim Steueramt erkundigt. Bei den Bundessteuern, die schon 8,5% ausmachen, kommt diese Entlastungsgrenze nicht zur Anwendung. Also nur bei den Kantons- und Gemeindesteuern. Unter dem Strich wird vom Gewinn zwischen 73 und 77 % versteuert, nicht nur 20%. Deine Berechnung ist falsch.

**Susanne Schaffner:** da hast du recht, aber ich liege trotzdem nicht falsch. Auf Bundesebene gilt, dass die zinsbereinigten Gewinnsteuern obligatorisch angewendet werden. Dies bedeutet, dass ein grosser Teil des Gewinns nicht versteuert werden muss. Und zusätzlich ist es eine Katastrophe, dass es auf Bundesebene nicht mal eine Untergrenze gibt. Diesbezüglich siehst du es falsch, denn auf Bundesebene kann es noch schlimmer als auf kantonaler Ebene. Gerne möchte ich noch ein Beispiel nennen, was zinsbereinigte Gewinnsteuern bedeuten können: Ein Unternehmen macht 3 Millionen Franken Gewinn, hat ein grosses Eigenkapital und kann dort die zinsbereinigten Gewinnsteuern abziehen. Dies würde ca. 2 Millionen Franken ausmachen und lediglich noch 1 Million müsste versteuert werden. Das hat mit Steuergerechtigkeit rein gar nichts mehr zu tun. Hinzu kommt, dass man die Höhe aller Ausfälle gar nicht genau beziffern kann. Ihr bewegt euch auf dünnem Eis.

**Daniel Probst:** Unter dem Strich wird es nicht möglich sein, dass Unternehmen unter 10% besteuert werden, dies würde im Kanton Solothurn nicht akzeptiert. Dein Beispiel ist ein Extremfall, der wohl nie eintreten würde.

**Elisabeth Seifert:** Die zinsbereinigte Gewinnsteuer ist auf nationaler Ebene sicher ein Kernpunkt der Vorlage. In Belgien soll diese auch eingeführt worden sein, jedoch infolge hoher Ausfälle rasch wieder abgeschafft worden sein. Wäre dies auch in der Schweiz denkbar?

**Daniel Probst:** wenn wir dazu gezwungen werden, denke ich schon und ich glaube auch nicht, dass diese Instrumente die nächsten 50 Jahren gelten müssen. Die letzte



Reform ist noch nicht lange her, das muss laufend weiterentwickelt werden. Die Situation in Belgien haben wir zur Kenntnis genommen. Fakt ist jedoch, dass andere Länder eine viel höhere Verschuldung haben und wir die Ungleichbehandlung beseitigen müssen.

**Elisabeth Seifert:** Frau Schaffner sie haben gesagt, dass sie in der Vorlage auch eine Schranke vermissen, welche den Steuerwettbewerb unter den Kantonen einschränkt. Wie könnten sie sich eine solche Schranke vorstellen?

**Susanne Schaffner:** es ist klar, dass der Bund nicht in die Steuerautonomie der Kantone eingreifen kann, aber es gäbe ein Instrument dafür. Nämlich die Dividendenbesteuerung mit der Gewinnsteuersenkung verknüpfen. Die von den Befürwortern viel zitierte Frau Herzog (Regierungsrätin in BS), hat immer gesagt, wenn die Gewinnsteuern dermassen gesenkt werden, müssen die Dividendenbesteuerung auf 80% angehoben werden. Vom Bund her hat man sich ein Mittelmass von ca. 16% vorgestellt. Das Parlament hat jedoch überbordnet und nun sieht man die Auswirkungen bei den geplanten Umsetzungen in den Kantonen.

**Elisabeth Seifert:** Herr Probst, eine interessante Idee?

**Daniel Probst:** ja schon, aber das ist jetzt nicht das Thema bei dieser Vorlage am 12. Februar. Dies betrifft die kantonale Umsetzung und dazu wird es mit Sicherheit auch noch eine Abstimmung geben. Ich gehe auch davon aus, dass dieser Vorschlag kommen wird, dann müssen wir diesen diskutieren und entscheiden. Auch bei einem JA zur USR III ist dies noch möglich.

**Susanne Schaffner:** einen Aspekt, warum man unbedingt ein NEIN einlegen muss, haben wir noch nicht diskutiert. Die Ausfälle auf Bundesebene infolge der zinsbereinigten Gewinnsteuern, sind bis heute nicht beziffert. Es hat viele Ähnlichkeiten mit der USR II, auch damals gab es Instrumente und viele Unsicherheiten. Und was hat es gebracht? milliardenhohe Steuerausfälle. Das zweite ist, diese Instrumente führen einfach zu ungerechten Steuern, bringt einigen wenigen viel und alle anderen werden zusätzlich belastet. 90% aller Unternehmen, Daniel Probst, haben nichts von dieser Reform, im Gegenteil, sie werden darunter leiden.

**Daniel Probst:** das ist falsch, es gibt auch im Kanton Solothurn grosse Firmen, die mehr zahlen müssen.

**Elisabeth Seifert:** es ist ja das Ziel der Vorlage, dass die heute steuerprivilegierten Firmen nicht mehr, sondern gleich viel Steuern zahlen müssen und andere weniger.

**Susanne Schaffner:** sprechen wir doch über da eigentlich Thema, nämlich die Standortpolitik. Auf nationaler Ebene geht es darum, ziehen die Firmen weg, wenn wir die Steuern nicht anpassen. Deshalb müssen wir uns an die umliegenden Länder anpassen. Und sieh da, alle umliegenden Länder haben teils massiv höhere Steuern. Wir müssen einfach faire Steuern haben, so gibt es für Holdinggesellschaften und privilegierte Firmen überhaupt keinen Grund für den Wegzug.

**Elisabeth Seifert:** diese These würde bedeuten, dass es diese Werkzeuge gar nicht braucht.



**Daniel Probst:** das sehe ich anders. Es geht um mobile Unternehmen und das Steuersubstrat. Ziehen diese weg, werden grosse Gewinne auch nicht mehr hier versteuert. Und mit ihnen ziehen auch die Arbeitsplätze weg. Es handelt sich dabei um einen beachtlichen Teil amerikanischer Firmen. Wenn wir unsere Vorteile nicht halten, verlieren wir Arbeitsplätze, Wohlstand und unsere Standortvorteile. Dies ist auch der Ansporn der Wirtschaft, sich für die USR III einzusetzen. Dann gibt es auch noch den kantonalen Aspekt, viele Firmen bei uns haben nicht nur im Kanton eine Produktionsstätte, sondern auch in anderen Kantonen. Mit dem neuen Steuerwettbewerb geht es darum, welcher Kanton bietet gute Bedingungen. Je nach dem verlegt, dass eine Firma den Sitz in einen anderen Kanton und schon sind die Arbeitsplätze weg und mit diesen auch Steuersubstrat.

**Elisabeth Seifert:** Susanne Schaffner, sie gehen davon aus, dass mit der Abschaffung der Steuerprivilegien die Firmen den normalen und höheren Gewinnsteuersatz zahlen und trotzdem hierbleiben. Sehe ich das richtig?

**Susanne Schaffner:** ich hab' nie gesagt, dass man diese Gewinnsteuern nicht anpassen muss, aber einfach mit Vernunft und Augenmass. Klar muss man diesen Unternehmen entgegenkommen. Und das zweite ist, es behauptet niemand, er/sie sei gegen die wichtige Patenbox, welche insbesondere für die Chemiebranche wichtig ist. Natürlich kann man diese auch noch verbessern.

**Elisabeth Seifert:** also es braucht politische Werkzeuge und eine Gewinnsteuersenkung. Sie erhoffen sich an der Urne ein Nein, wie soll es dann weitergehen? Haben wir dann nicht Rechtsunsicherheit? Abwanderung?

**Susanne Schaffner:** wenn das Volk ein Gesetz zurückweist schaut man hin was denn gut oder schlecht war. Der Bundesrat hat eigentlich ein recht guter Vorschlag gebracht, den auch die SP zu grossen Teilen unterstützt hat. In Anlehnung an diesen käme man rasch wieder zu einer Vorlage, welche dann auch vom Volk getragen würde.

**Daniel Probst:** Die Differenzen sind gar nicht so gross, denn in der Bundesratsvorlage war von einer Dividendenbesteuerung in der Höhe von 70% die Rede, dies fordert auch der Kanton Solothurn. Bis 2019 müssen wir die Ungleichbehandlung beseitigt haben. Bei einem Nein glaube ich nicht daran, dass wir in so kurzer Zeit wieder eine Vorlage auf dem Tisch haben. Es ist immer noch das gleiche Parlament und ich glaube ebenfalls nicht daran, dass eine neue Vorlage in eurem Sinn angepasst wird. Das zweite ist die daraus entstehende Rechtsunsicherheit. Die Unternehmungen machen wie der Kanton auch, ihre Investitionsplanung für ca. 5 Jahre. Deshalb ist es besser wie nehmen diese USR III an, denn damit wissen wir was wir haben, nämlich 60-70% Gegenfinanzierung und einen Werkzeugkasten, welchen wir gemäss unseren kantonalen Bedürfnissen benutzen können.

**Elisabeth Seifert:** die USR III schlägt Rahmenbedingungen vor und bietet den Kantonen also diesen Werkzeugkasten an. Es ist ja nicht klar, wo fallen die hohen Steuerausfälle an, beim Werkzeugkasten oder bei der Gewinnsteuersenkung?

**Susanne Schaffner:** genau deshalb lehnen wir diese Vorlage ab, wir wissen es nicht.



**Daniel Probst:** die Regierung hat jetzt mal ihre Strategie festgelegt, die Diskussion darüber beginnt erst. Es wird mit Sicherheit eine Vernehmlassung geben, dann kommt die Beratung im Kantonsrat mit möglichem Referendum usw. – entschieden ist noch nichts. Der Kanton weiss auch, dass er nicht unter diese 10% gehen darf. Der Kanton Solothurn muss bei der Entlastungsgrenze die Sicherung einbauen.

**Elisabeth Seifert:** haben sie keine Zahlen?

**Daniel Probst:** der Kanton hat diese kommuniziert und Ausfälle infolge der Gewinnsteuersenkung in der Höhe von 70 Millionen Franken für den Kanton und 75 Millionen für die Gemeinden errechnet.

**Elisabeth Seifert:** wie hoch werden die Ausfälle infolge Gebrauch des Werkzeugkastens sein?

**Daniel Probst:** das hat die Regierung noch nicht kommuniziert.

**Susanne Schaffner:** reden wir doch Klartext. Die Regierung hat diese Zahlen nicht errechnet, sie hat lediglich ausgerechnet, wie hoch die Ausfälle sein werden bei einer Senkung der Gewinnsteuern auf 12.9%. Es wird Aufgabe der Regierung sein dies auszurechnen und im Fall eines JA daraus eine vernünftige Vorlage zu erarbeiten. Und sehr wahrscheinlich wird es dann auch die Aufgabe der Regierung sein, den Steuersatz wieder zu erhöhen...

**Daniel Probst:** genau und deshalb kann man getrost JA stimmen, denn in Solothurn tut der Werkzeugkasten eigentlich nichts zu Sache.

**Susanne Schaffner:** ich muss nochmals darauf zurückkommen, es geht um Steuergerechtigkeit und riesige Steuerausfälle auf Kosten kleiner und mittlerer Einkommen, also uns allen. Dies muss dann alles wieder eingespart werden. Also, jetzt nur über diese Instrumente zu reden und nicht genau wissen was schlussendlich kommt, ins unseriös. Wir können doch nicht auf dermassen viel Steuereinnahmen verzichten zum Nutzen einiger wenige.

**Elisabeth Seifert:** der Grossteil der Ausfälle wird wohl durch die Senkung der Gewinnsteuern ausgelöst und darüber entscheiden die Kantone. Deshalb reden wir jetzt über den «kantonalen Teil» in der Vorlage. Daniel Probst, die Regierung plant eine massive Senkung von 21.8 auf 12.9%. Braucht es dies, damit die Unternehmen hierbleiben?

**Daniel Probst:** wir haben mit den Unternehmungen gesprochen und der Wettbewerb ist hart, auch unter den Kantonen. Zurzeit wissen wir, dass der Schnitt aller geplanten Steuersätze bei 13-14% liegt. Wenn wir wollen, dass wir im vorderen Drittel der Kantone dabei sind, müssen wir unter diesen Wert gehen. Deshalb finde ich den Vorschlag der Regierung sehr intelligent. Es geht um 5'000 Arbeitsplätze oder 20% der Unternehmenssteuereinnahmen.

**Elisabeth Seifert:** also glauben sie die Firmen ziehen trotzdem weg? Die umliegenden Kantone wollen die Steuern nicht derart senken wie der Kanton Solothurn.

**Daniel Probst:** diese Gefahr ist gross und die umliegenden Kantone sind nicht relevant, wichtig ist, dass wir konkurrenzfähig werden.

**Elisabeth Seifert:** Susanne Schaffner, sie haben auch immer dafür plädiert, dass die Unternehmenssteuern massvoll gesenkt werden müssen, wo sehen sie die Grenze damit eine Abwanderung abgewendet werden kann? oder können wir uns diese 22% leisten, während andere Kantone auf 14% senken?

**Susanne Schaffner:** der Kanton Solothurn ist ein relativ ressourcenschwacher Kanton und hat auch deshalb sehr wenige Holdinggesellschaften. Aus diesem Grund ist er auch wenig betroffen. Darüber hinaus ist der Kanton Solothurn ein vernünftiger Kanton und bekannt dafür, Mass zu halten. Wir haben andere Qualitäten, die es zu stärken gilt. Diese werden von den hier ansässigen Firmen geschätzt, weshalb sie auch hier sind. Wenn wir jetzt unverhältnismässig Steuern senken, schwächen wir den Kanton Solothurn. Und jetzt zum Steuersatz, wenn die Regierung dann mal ein Gesamtkonzept hat und diese bekannt macht, dann können wir über Steuersätze diskutieren. Aber

was die Regierung gemacht hat ist ein konzeptionsloses Steuerwettessen ohne dass ihr die Auswirkungen bewusst sind. Dies hat die SP kritisiert.

**Elisabeth Seifert:** also der Kanton Solothurn hat deshalb so viele Ausfälle zu befürchten, weil er wenige Holdingsgesellschaften und andererseits von den Steuersenkungen alle Firmen profitieren werden. Ich vermute Herr Probst, dass sie jetzt unter dem Deckmantel der Wirtschaftsförderung die Steuern senken wollen.

**Daniel Probst:** ja das täte den Unternehmen gut und gerade, weil der Kanton strukturschwach ist, deshalb täte ihnen diese Senkung gut. Diese 5'000 Arbeitsplätze möchte ich nicht aufs Spiel setzen.

**Susanne Schaffner:** es geht um 2'500 Arbeitsplätze, alles andere sind Vermutungen. Aber ganz grundsätzlich; die schon heute ansässigen Firmen bieten viele Arbeitsplätze an, sind aus einem Grund hier und laufen nicht so schnell einfach davon.

**Elisabeth Seifert:** Herr Probst, können wir uns für etwas Wirtschaftsförderung so viele Steuerausfälle leisten?

**Daniel Probst:** ja, es ist eine Investition in unsere Firmen. Und wir müssen mit dem Werkzeugkasten die für den Kanton Solothurn beste Lösung finden. Diesen Schritt müssen wir für die Unternehmen machen und machen wir ihn nicht, gefährden wir den Standort Solothurn.

**Susanne Schaffner:** es war schon immer eine Glaubensfrage, dass wenn es den Reichen gut gehe, es auch allen gut gehe. Der Kanton Solothurn hat für die Oberen in den letzten Jahren viel gemacht und was hat's gebracht? Nichts, die Einnahmen gingen zurück und kein einziger Reicher ist in den Kanton Solothurn gezogen. Die Wirtschaft spricht immer nur von Steuersätzen. Wichtig sind ganz andere Faktoren: 1. Wir sind ein zentraler Kanton, 2. wir haben gut ausgebildete Arbeitskräfte und 3. haben wir eine gute Infrastruktur. Mit diesen Standortvorteilen kann der Kanton Solothurn punkten und nicht mit tiefen Steuersätzen.

**Elisabeth Seifert:** und trotzdem werden wir etwas machen müssen, oder?

**Susanne Schaffner:** schaut doch in den Kanton Luzern, dort haben sie versucht einseitig mit Steuersenkungen den Kanton «fit» zu machen. Und was haben sie heute? Ein Desaster.





**Daniel Probst:** in Luzern wurden alle Steuersätze gesenkt, jetzt geht es um die USR III. Susanne hat die Faktoren richtig aufgezählt, aber jenen des Steuersatzes vergessen. Es ist nun einmal so, dass gerade Holdinggesellschaften auf den Steuersatz schauen.

**Elisabeth Seifert:** aber wer soll das bezahlen?

**Daniel Probst:** die Regierung hat klar gesagt, es handle sich um eine Investition und eine Investition soll sich irgendwann mal auszahlen. Hinzu kommt ein höherer Anteil aus dem nationalen Finanzausgleich, mehr von der Nationalbank und man weiss, dass auch jedes Jahr die Steuereinnahmen von Juristischen und natürliche Personen steigen, notabene ohne Steuererhöhungen. Klar, der politische Verteilungskampf zwischen Kanton und Gemeinden steht uns noch bevor. Aber am 12. Februar geht es gar nicht um diese Fragen. Bei einem Ja nehmen wir den Werkzeugkasten und machen für uns das beste Packet.

**Susanne Schaffner:** am 12. Februar geht es darum, dass wir mit einem Ja Millionenausfälle produzieren, die sich sehr wohl auch auf die Kantone auswirken werden. Unter Druck kommen werden die Prämienverbilligungen, Bildung usw. darum geht es. Und sagen wir es doch klar und deutlich, es gibt keine Lösungsansätze wie wir dies bezahlen wollen. Und wenn Daniel vom bevorstehenden Verteilungskampf spricht, dann ist das Desaster vorprogrammiert. Denn sowohl der Kanton als auch die Gemeinden haben nicht viel Geld. Es ginge darum wer wie viel Schulden übernehmen muss.

**Elisabeth Seifert:** Susanne Schaffner, sie haben bereits ein Schlussvotum abgegeben warum es ein Nein zur USR III braucht. Daniel Probst, warum braucht es aus ihrer Sicht ein Ja?

**Daniel Probst:** ich will die Steuereinnahmen und die Arbeitsplätze in der Schweiz sichern. Wir sind uns einig, es braucht ein neues System. Wenn wir die USR III ablehnen steht die Frage im Raum, bringen wir rasch eine Alternative auf den Tisch? Meine Meinung dazu ist klar Nein. Deshalb müssen wir zusammenstehen und gemeinsam für die Reform kämpfen. Eine Alternative haben wir nicht.

**Elisabeth Seifert:** das Podium ist somit beendet, ich danke für die Voten von Frau Schaffner, Herr Probst und die angeregte Diskussion. Gibt es Fragen?



**Diskussion:**

**Christoph Heinrichs:** ich fühle mich überfordert und werde mich deshalb der Stimme enthalten.

**Mathias Stricker:** meine Frage geht an Daniel Probst. Die Solothurner Wirtschaft hat angekündigt, dass sie sich an den Kosten beteiligen will. Inwiefern waren dies nicht nur Lippenbekenntnisse?

**Daniel Probst:** In der Solothurner Handelskammer haben wir ein Papier verabschiedet und angekündigt uns an den Kosten beteiligen zu wollen. Es gibt verschiedene Ideen dazu, aber entschieden ist noch nichts. Das Geld soll von Firmen gesprochen werden welche von der USR III profitieren.

**Susanne Schaffner:** wie hoch wäre dann dieser Beitrag?

**Daniel Probst:** den Betrag kann ich jetzt nicht nennen, aber wir sprechen von ca. 1,5% mehr als der Steuersatz.

**Susanne Schaffner:** das hört sich an, als wolle die Wirtschaft die Steuern privatisieren und dann selbst bestimmen wie sie diese einsetzen wollen.

**Roberto Zanetti:** die Regierung sagt die USR III sei eine Investition in die Zukunft, finanziert über das Eigenkapital. Wie hoch ist dieses im Moment?

**Daniel Probst:** sie hat gesagt es handle sich um eine stille Reserve infolge Rückstellungen von Pensionskassengeschäften. Es handelt sich um ca. 500 Millionen Franken. Würden die schlimmsten Befürchtungen eintreten, hätte die Regierung also immer noch 4-5 Jahre Zeit zu reagieren.

**Susanne Schaffner:** wir haben einige Steuerreformen hinter uns und wie es rauskommt, weiss man auch. Es stimmt nicht, dass diese Mehreinnahmen generiert haben. Fakt ist, dass durch die Steuerausfälle Leistungen abgebaut werden und genau unsere Standortfaktoren geschwächt werden. (Applaus)

**Daniel Probst:** diese Prognosen stammen von der Regierung, nicht von mir. Aber die Steuereinnahmen steigen trotzdem und eben wegen den Reformen.

**Susanne Schaffner:** nein, das stimmt wieder nicht. Durch die USR II alleine, haben wir jährliche Einbussen von juristischen Personen von 30 Millionen Franken.

**Elisabeth Seifert:** es ist schon so, die Regierung hat nicht aufgezeigt, wie die Solothurner Lösung aussehen könnte. Sie liess lediglich verlauten, dass nach Annahme der USR III eine Vernehmlassungsvorlage ausgearbeitet würde.

**Susanne Schaffner:** auch die Regierung sagt natürlich, dass als Standortfaktor nicht nur der Steuerfuss massgebend sei, umso mehr erstaunt es, dass man mit der USR III dies alles aufs Spiel setzt.

**Markus Ammann:** über was stimmen wir eigentlich ab? Dass wir in den nächsten Jahren massive Mindereinnahmen haben werden. Alles andere, das ist die Erkenntnis des heutigen Abends, ist unklar und steht in den Wolken. Eine ähnliche Ausgangslage hatten wir bei der USR III (wurde vom Volk ganz knapp angenommen). Man hat damals viel versprochen und davon ist nichts eingetreten. Auch die «vielen neuen Firmen aus dem Ausland» sind nicht gekommen. Für den Kanton Solothurn wäre vermutlich sinnvoller, man würde diese «super mobilen Firmen» ziehen lassen, auf diese 20 Millionen Franken Steuereinnahmen verzichten und dafür den Ausfall von 150 Millionen Franken nicht verkraften müssen.

**Franziska Roth:** bedankt sich bei Elisabeth, Susanne und Daniel (Applaus) und übergibt ihnen ein Präsent.

**Beschluss: Die Delegierten der Sozialdemokratischen Partei beschliessen bei 1 Enthaltung und 0 Gegenstimmen die NEIN-Parole zur Vorlage USR III.**

---





Applaus

## 7. **Varia**

### **Franziska Roth:**

- Wahl- und Abstimmungsmaterial mitzunehmen.
- 13. März findet der nächste Parteitag in Solothurn statt.
- dankt allen Referenten und Referentinnen.

Der Parteitag ist geschlossen: Applaus

Für das Protokoll: Niklaus Wepfer, 30. Januar 2017

